

## WAHLKREIS 49 – LÜNEBURG-STADT

KANDIDATIN: Anna-Lena Narewski (FDP)

.....

### Allgemeine Auftaktfrage

**Priorisieren Sie die folgenden Schulthemen: Unterrichtsversorgung, Schulsozialarbeit, Inklusion, Digitalisierung, Infektionsschutz - welche sind Ihre Top 3?**

.....

### **Frage 1: Unterrichtsversorgung**

Die gängige Praxis der Lehrerabordnungen an unterversorgte Schulen sorgt für eine Zusatzbelastung des Lehrpersonals und ist insbesondere in Pandemiezeiten kritisch zu sehen.

Es gibt ständig unterversorgte „Empfängerschulen“. Dem gegenüber erreichen ständig abgebende Schulen auch nicht mehr die 100 % Versorgung.

In der Vergangenheit sind die Berechnungen zur Unterrichtsversorgung immer wieder verändert worden, um überhaupt Zahlen nahe einer 100% igen Versorgung errechnen zu können.

„100 %“ bedeutet aber, dass schon die durch z.B. Krankheit oder Klassenfahrten fehlenden Lehrerstunden in der Summe nicht ausgeglichen werden können, weil kein Puffer vorhanden ist.

Einen solchen hat es in der Vergangenheit aber in Niedersachsen schon mal gegeben, einige andere Bundesländer haben ihn ebenfalls oder streben ihn zumindest an.

Bildungsverbände fordern seit langem als Richtmarke eine Unterrichtsversorgung von 105-110%.

**Was unternehmen Sie für eine flächendeckende, ausreichende Versorgung mit Lehrkräften an jeder Schule, um Abordnungen wieder zur Ausnahme zu machen?**

Wir Freie Demokraten werden die Misere in der Unterrichtsversorgung der letzten zehn Jahre beenden. Hierzu werden wir für alle Lehrkräfte das Einstiegsgehalt von A 13 einführen und damit jungen Lehrkräften ein attraktives Angebot machen. Wir werden zudem die Studienkapazitäten an den niedersächsischen Universitäten dem tatsächlichen Lehrkräftebedarf anpassen. Dabei werden wir auch die geplanten Entlastungen für die Lehrkräfte, eine Veränderung der Studentafel und den Bedarf für kleinere Klassen berücksichtigen.

Es muss dabei aber auch über die Lehrkräfte hinausgedacht werden und für ausreichend Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung, aber auch im Ganztagsbereich der Grundschulen gesorgt werden. Deswegen werden wir eine Ausbildungsvergütung für alle Auszubildenden zur sozialpädagogischen Assistenz und für den Erzieherberuf einführen.

.....

## **Frage 2: Lehrkräfteaus- und weiterbildung**

In der Thematik der unzulänglichen Unterrichtsversorgung steckt die mangelnde Aus-/Fortbildung neuer Lehrkräfte. Dabei ist qualifizierter Nachwuchs besonders wichtig, um neuen Herausforderungen gerecht zu werden, wie Digitalisierung, Migration und Inklusion. Studienabbrüche und vor allem auch das Ausscheiden der ausgebildeten Lehrkräfte durch Überlastung und Überforderung aus dem Schuldienst müssen verhindert werden.

**Was unternehmen Sie, damit mehr Menschen den Lehrerberuf ergreifen, gut aus- und weitergebildet werden und ihm dadurch – hoffentlich - treu bleiben?**

Unser Ziel ist eine Bildungspolitik, die, ausgehend von den höchsten Ansprüchen für eine weltbeste Bildung, über das Ende einer Legislaturperiode hinausdenkt und plant. Die Lehrerausbildung muss besser auf die Lebensrealität in Schule und der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet sein, einen hohen Praxisanteil umfassen und immer wieder überprüft und angepasst werden. Die Vielfalt der Schulen wird sich auch weiterhin in der Lehrerausbildung widerspiegeln. Berufsquereinsteiger werden wir beim Einstieg stärker fördern und insbesondere pädagogisch fit machen vor dem ersten eigenverantwortlichen Unterricht. Auch muss das Lehramtsstudium zwischen Wissenschafts- und Kultusministerium besser verzahnt werden. Dies gilt für die Planung der Studienplatzzahlen ebenso wie für die inhaltliche Ausgestaltung von Studium und Referendariat. Beide Ausbildungsphasen müssen neuen digitalen Anforderungen genügen und die schulformadäquaten Curricula sind auf fachwissenschaftlicher Grundlage weiterzuentwickeln.

Neben einer guten Ausbildung brauchen wir auch wieder mehr Wertschätzung gegenüber dem Lehrerberuf und den Lehrkräften im Land. Neben der Einstiegsbesoldung A 13 machen wir uns stark für die Wiedereinführung der Altersermäßigung ab 55 Jahren, die Entlastung durch kleinere Klassen und Entlastung der Schulleitungen durch Funktionsstellen und Anrechnungsstunden, insbesondere in kleineren Systemen. Damit sich die Lehrkräfte vollumfänglich ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag widmen können, muss Schule umfassend entbürokratisiert werden. Lehrkräfte werden immer häufiger Opfer von physischer und psychischer Gewalt. Wir wollen daher entschieden gegen Gewalt gegen Lehrkräfte vorgehen.

.....

### **Frage 3: Schulsozialarbeit**

Alle Schulen sollten mit Schulsozialarbeit versorgt werden. Obwohl dieses Ziel nicht erreicht ist, hat sich das Land Niedersachsen aus der Finanzierung zurückgezogen und im Doppelhaushalt 22/23 keine Mittel dafür vorgesehen.

### **Was würden Sie unternehmen, um die Schulsozialarbeit an allen Schulen sicherzustellen?**

Wir als Freie Demokraten werden uns dafür einsetzen, dass Schulen durch schulische Sozialarbeit und multiprofessionelle Teams unterstützt werden. Weiter fordern wir ein erhöhtes Schulbudget, über das die Schulen frei verfügen können. „Aufstiegshelfer“ sollen Schülerinnen und Schülern Chancen und Wege zur Berufsausbildung oder zum Studium aufzeigen und dabei helfen, Netzwerke zu knüpfen. Wir werden damit alle Talente unserer Gesellschaft heben und den jungen Menschen die Chance geben, Bildungserfolge zu erzielen.

.....

#### **Frage 4: Förderschule Lernen**

Ein großes Ziel heißt: Inklusion an allen Schulen. Gleichzeitig ist der Bedarf für die reine „Förderschule LERNEN“ weiterhin gegeben. Ein Beispiel aus unserer Region:

Die Johannes-Rabeler-Schule in Lüneburg ist eine Förderschule Lernen in städtischer Trägerschaft. Die Nachfrage nach Plätzen an dieser Förderschule sowohl aus dem Stadtgebiet als auch dem Landkreis ist weiterhin hoch; der Erhalt aber bisher nur bis 2028 gesichert. Daher werden bereits ab 2023 keine neuen Schüler\*innen mehr angenommen!

**Wie würden Sie sich für die notwendige personelle und materielle Ausstattung der Schulform „Förderschule Lernen“ entsprechend des Bedarfes im Land bis 2028 und, falls nötig, darüber hinaus einsetzen?**

Wir werden uns solange für die Förderschule „Lernen“ einsetzen bis Inklusion auch vollständig von den Regelschulen abgedeckt werden können. Die personelle und materielle Ausstattung werden zwar in den nächsten Haushalten bis 2028 berücksichtigt werden, aber es ist davon auszugehen, dass keine größere Investitionen oder Förderungen stattgegeben werden. Daher ist es unser größtes Anliegen im ersten Schritt für den Erhalt der Förderschule „Lernen“ zu sorgen. Dafür haben wir ein Volksbegehren initiiert. Damit das Volksbegehren zugelassen wird benötigen wir in einem ersten Schritt 25.000 Unterschriften. Im zweiten Schritt müssen dann 10 Prozent der Wahlberechtigten in Niedersachsen unterzeichnen, damit sich der Niedersächsische Landtag damit befassen muss. Sollte der Erhalt der Förderschule dann abgelehnt werden, kann in der Folge eine Volksabstimmung den Fortbestand der Förderschule herbeiführen.

.....

### **Frage 5: Inklusion**

Der weiterhin hohe Bedarf nach der Schulform „Förderschule Lernen“ ist nur ein Beleg dafür, dass die Inklusion an Regelschulen noch nicht zufriedenstellend umgesetzt wird.

Dafür müssten Schulen besser ausgestattet werden, räumlich wie personell: mit Förderstunden, Schulbegleitung, Lehrerfortbildung, mit Differenzierungsräumen und mit niedrigeren Klassenteilern. Die kurzfristige Abschaffung der Doppelzählung von Inklusionskindern muss unbedingt wieder zurückgenommen werden.

### **Wie lautet Ihr Plan, um die Inklusion an allen Schulen umzusetzen?**

Inklusion bedeutet für uns Freie Demokraten, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Unterstützung erhalten, die der einzelne junge Mensch für die individuellen Bildungschancen benötigt. Dafür wollen wir Gelingensbedingungen definieren, die für eine erfolgreiche individuelle Beschulung notwendig sind. Für uns spielt es keine Rolle, ob die Eltern sich im Falle eines sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfs für eine inklusive Beschulung oder die Beschulung an einer Förderschule entscheiden. Wir werden diese Angebote nicht gegeneinander ausspielen, sondern Eltern die Möglichkeit geben, sich nach fachlicher Beratung für die beste Lernumgebung für ihr Kind entscheiden zu können. Wir werden die verbliebenen Förderschulen Lernen erhalten, so lange wie Eltern diese Schulform wählen. Dem insgesamt gestiegenen Bedarf an Sonderpädagogen werden wir Rechnung tragen und die Ausbildung auch in diesem Bereich auf den tatsächlichen Bedarf hin anpassen. Wir werden landesweite Qualitätsstandards für die Schulbegleitung etablieren.

.....

## **Frage 6: Digitalisierung und IT-Koordination**

Im Rahmen der Digitalisierung benötigen Schulen fachliche Unterstützung bei der Betreuung der IT-Infrastruktur. Die Neueinstellungen halten nicht Schritt mit dem Bedarf.

(Dies könnte an der verhältnismäßig geringen Entgeltstufe liegen, die der Tarifvertrag für diese Stellen vorsieht.)

Gleichzeitig ist die Versorgung von Schulkindern aus finanziell schwachen Familien mit Tablets für digitale Bildung nicht so gewährleistet. Während Schulbücher, Taschenrechner usw. für solche Familien finanziert werden, gilt das nicht für Tablets. Wir brauchen hier dringend eine politische Lösung. Wir brauchen aber auch Lernmittelfreiheit für Tablets (get your own device) sowie Standards/Vorgaben durch das Land, was Ausstattung und Vergabeverfahren betrifft. Dabei ließen sich auch freiwerdende Budgets nutzen, wenn Tablets die bisher geförderten Taschenrechner und Schulbücher ersetzen.

### **Wie stehen Sie zur Lernmittelfreiheit und was unternehmen Sie**

- **zur Ausstattung der Schulen mit IT-Fachpersonal?**
- **zur Ausstattung mit Hardware, WLAN und Cloud-Servern?**
- **zur Ausstattung der Schüler mit Tablets?**

Wer unsere Kinder auf die Zukunft vorbereiten will, der muss das auch mit den technischen Möglichkeiten der Gegenwart umsetzen können. Das Leben in einer digitalisierten Welt wird künftig eine der Schlüsselkompetenzen darstellen. Der Digitalpakt 2.0 des Bundes bietet die Chance, dass Niedersachsens Schulen sowie Schülerinnen und Schüler mit moderner digitaler Infrastruktur ausgestattet werden. Wir wollen die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte für den Einsatz von digitalen Medien ausbauen und praxisorientierter gestalten. Wir wollen die Schulen bei der Umsetzung ihrer Medienbildungskonzepte sowohl im technischen als auch im pädagogischen Bereich unterstützen. Hierzu werden wir spezielle Digitalpädagoginnen und -pädagogen nach estnischem Vorbild und Systemadministratorinnen und -administratoren zur Entlastung der Lehrkräfte einsetzen. Der Einsatz von digitalen Endgeräten darf nicht dazu führen, dass die Kinder frühzeitig auf bestimmte Arten oder Marken von Endgeräten getrimmt werden. Auch hier hat der Staat für eine Neutralität in der Bildung zu sorgen. Wir werden daher die digitale Infrastruktur so ertüchtigen, dass alle Anwendungen, inklusive der Verwaltungsanwendungen in Schule, webbasiert und unabhängig vom Endgerät funktionieren. Unser Ziel ist hier eine digitale Plattform, die Schulen möglichst kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Digitale Endgeräte sind als Lernmittel anzuerkennen und für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte

bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen. Wir erkennen an, dass in Zeiten der Pandemie an einigen Schulen Konzepte entwickelt wurden, wie moderner, digitaler Unterricht gestaltet werden kann. Diese Konzepte werden wir aufgreifen und sichern zu, besonders innovative Schulen mit dem nötigen Freiraum bei der Ausgestaltung der digitalen Lernumgebung auszustatten.

Neben der bedarfsgerechten zur Verfügungstellung je nach Klassenstufe und Schulart der digitalen Endgeräten, fordern wir die Ausweitung der kostenfreien Nutzung des ÖPNV für Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich II. Das ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wir werden daher dafür Sorge tragen, dass landesweit die Schülerinnen und Schüler des Sekundarbereichs II analog zu den Schülerinnen und Schülern des Primar- und Sekundarbereichs I Zugang zur kostenfreien Schülerbeförderung erhalten. Das gilt auch und insbesondere für Auszubildende, daher werden wir die Mogelpackung der Großen Koalition durch ein echtes Azubi-Ticket ersetzen.



.....

### **Frage 7: Infektionsschutz an Schulen**

Gem. Erkenntnissen der experimentellen Wissenschaft können während des Unterrichts mobile Luftfilter gegen indirekte Infektionen und Plexiglas-Trennwände mit umlaufender Kante gegen direkte Infektionen schützen. Unsere Schulen sind aber bis heute unzureichend mit dieser Technik ausgestattet, die Fördermittel sind ausgeschöpft. Der Einbau zentraler Lüftungsanlagen mit entsprechenden Filtern beginnt ansatzweise bei Schulneubauten - dieser Prozess dauert aber viel zu lange und wird der Pandemiesituation nicht gerecht.

### **Wie sehen lang- und kurzfristige Lösungen für Sie aus? UND: Sind Schulschließungen für Sie eine Option?**

Wir wollen die Schulen weiter offen halten. Es darf keine flächendeckenden Schließungen mehr geben. Wir sind grundsätzlich für festinstallierte, zentrale Raumluftechnischen Anlagen. In der Vergangenheit wurden Schulen von den Kommunen mit mobilen Belüftungsgeräten den Landesförderrichtlinien entsprechend ausgestattet. Allerdings konnten wir bisher keine Antwort über die tatsächliche Nutzung erhalten und wir sehen es als zwingend erforderlich dieses zu prüfen.

.....

### **Frage 8: Raumbedarf an Schulen**

Unter anderem durch Digitalisierung und Inklusion haben sich die Anforderungen an den Unterricht und die Räumlichkeiten an Schulen geändert. Für räumliche Ausstattung und Baumaßnahmen sind die Kommunen als Schulträger verantwortlich. Das Land muss Vorgaben machen, damit die Kommunen als Schulträger in der Pflicht sind und entsprechende Maßnahmen ergreifen. In den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen gibt das Land solche Standards vor.

### **Was sind Ihre Ideen für eine entsprechende Richtlinie?**

Wir Freie Demokraten werden die Autonomie der Schulen stärken und den Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten ermöglichen. Neben Freiheiten im Schulbudget sollen die Schulen auch mehr Freiheiten bei der Unterrichtsorganisation erhalten, um beispielsweise fächerübergreifende Projekte besser realisieren zu können. Dabei werden wir das Erreichen der Bildungsstandards nicht aus den Augen verlieren. Daher werden wir die Schulen bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung besser unterstützen. Darüber hinaus benötigen moderne Unterrichtsformen auch andere Raumstrukturen und -gestaltung in den Schulen der Zukunft. Statt jede Kommune eigene Erfahrungen sammeln zu lassen, sollte das Land Empfehlungen zum Schulbau erarbeiten und den Kommunen als Trägern der Schulgebäude zur Verfügung stellen.

.....

### **Frage 9: Berufsorientierung**

Vom Fachkräftemangel sind Schulen selbst stark betroffen und natürlich die regionale Wirtschaft und Institutionen im Land Niedersachsen. Eine gute Berufsorientierung und Berufsvorbereitung nach verbindlichen Standards an den Schulen könnte den Fachkräftemangel abfedern. Auch diese Standards müssen vom Land vorgegeben werden.

### **Mit welchen Mitteln würden Sie die Berufsorientierung an Schulen verbessern und Landesstandards entwickeln?**

Wir Freie Demokraten wollen eine praxisnahe Berufsorientierung mit Azubi-Botschaftern auch an Gymnasien. Berufsorientierungsangebote und Praktika soll es in enger Kooperation mit der Wirtschaft an allen Schulformen geben. Flächendeckend wollen wir Jugendberufsagenturen ausbauen.

Hybride Angebote und eine bessere Anerkennung bereits erworbener Kompetenzen sollen die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung erhöhen. Der öffentliche Dienst muss berufliche Qualifikationen für höhere Karrierewege gleichberechtigt anerkennen.

.....  
**Frage 10:**

**Schüler\*innen und ihre Eltern sollten Sie wählen, weil ...**

Für mich hat die Bildung oberste Priorität, denn die Schüler von heute und morgen sind unsere Zukunft. Bildung und Wissen sind die wichtigsten Ressourcen für unsere Gesellschaft. Wenn wir jetzt nicht alles tun, um unseren Kindern die bestmögliche Bildung zu ermöglichen, verbauen wir die Zukunft unserer Kinder und auch die unseres Landes.